

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montags als Überhanggabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Preis Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für den Monat August 70.— Mk., im voraus schickbar. Postkassen nehmen sämtliche Postanstalten entgegen. Fernsprecher Monats 2021. Sonnt. 1970, 1971 und 1972.

Verlag und Exped. Berlin NW 40, Kronprinzenufer 27, I.

Die anlässlich der Kompromißverhandlungen über deren Raum kostet 25.— Mk., einschließlich Inzeratensteuer. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 3.— Mk., einschließlich Inzeratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 16.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 3.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk.

Redaktion: Fernsprecher Dönhoff 4190, 4191 und 4192, Berlin SW, 68, Ritterstr. 75, III.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor einem neuen Provisorium

Ein kurzfristiges Moratorium — Endgültige Regelung im September oder Oktober

Die Londoner Ministerkonferenz, die die Beratungen zur Regelung der Reparationsfrage pflegt, ist nach dreitägigen Verhandlungen in ein höchst kritisches Stadium getreten. Poincaré stieß mit seinem auf „produktive Pfänder“ ausgehenden Plane, den unsere Leser an anderer Stelle skizziert finden, auf großen Widerstand. Ein Kreis von Sachverständigen hat diesen Plan auf seine „Produktivität“ geprüft. Die Sachverständigen sind zu dem Ergebnis gekommen, daß diese „Produktivität“ sehr gering sei. Das Ergebnis wird auf etwa 700 Millionen Goldmark geschätzt. Die Durchführung der Pfänderpolitik würde den größten Teil der Einkünfte verzehren. Außerdem müßte diese Politik aber sehr störend auf die Wirtschaft wirken und der Lösung der Reparationsfrage aufs neue schwere Hindernisse bereiten.

Besonderes Gewicht scheint Poincaré auf die Beteiligung Frankreichs an deutschen Industrieunternehmen gelegt zu haben. Aber gerade dieser Teil des Poincaréschen Planes wurde aufs entschiedenste verworfen und die französische Auffassung lebhaft bestritten, daß auf diese Weise der Reparation große Beiträge zugeführt werden könnten. Der englische Schatzkanzler Sir Robert Horne erklärte, daß nach Durchführung des Planes von Poincaré die vorgeschlagenen Sicherheiten die Eigenschaft von Sanktionen erhielten.

Die Gegensätze zwischen Frankreich und England spitzten sich während der Verhandlungen immer mehr zu. Zeitweilig schien es, als ob der Abbruch der Konferenz nicht nur, sondern auch das Ende der Entente unmittelbar bevorstände. Der Privatsekretär Lloyd Georges, Sir Edward G. G. teilte einer von ihm zusammenberufenen Gruppe englischer Journalisten mit, daß Lloyd George den Bruch der Entente als unvermeidlich ansehe. Poincaré wurde von der französischen Presse unausgesetzt scharf gemacht, nicht mit leeren Händen nach Paris zurückzukehren. „Rein Moratorium ohne Pfänder“, lautete die Parole, die man ihm von allen Seiten zurief. Lloyd George dagegen ist nach den vorliegenden Meldungen ebenso fest entschlossen, das Verlangen Poincarés nach „produktiven Pfändern“ energisch zurückzuweisen. Besonders heftig verließen die Verhandlungen vom Dienstag. Die Engländer machten den Franzosen den Vorwurf, mit unrichtigen Zahlen zu arbeiten. Auf keinen Fall könnte England sich mit den politischen Maßnahmen Poincarés einverstanden erklären.

So kritisch auch die Situation scheint, so wenig ist es doch wahrscheinlich, daß es zu einem Bruch der Entente kommen wird. Weder Frankreich noch England können sich so etwas im Augenblick leisten. Wenn es Kreise in Deutschland geben sollte, die einen solchen Bruch mit Freuden begrüßen wollten, so ist es doch wohl nötig, darauf hinzuweisen, daß dieser gegenwärtig für Deutschland nicht minder verhängnisvoll wie für die Ententeländer wäre. An Versuchen, den englisch-französischen Gegensatz zu überbrücken, hat es nicht gefehlt. Besonders bemüht war in dieser Hinsicht der belgische Ministerpräsident Theunis. Er nahm mit Gelegenheit, in einer langen Auseinandersetzung mit Poincaré den belgischen Standpunkt in dieser Frage zu vertreten. „Das Brüsseler Kabinett sei sich bewußt, daß bei der augenblicklichen Lage zwei Arten von Politik miteinander in Gegensatz geraten seien, die englische, die die deutschen Entschuldigungen annehme, die französische, die glaube, daß Deutschland neben der guten Willen. Wenn Deutschland für seine ander schuldige Zahlungsunfähigkeit verantwortlich sei, dann müsse es darunter leiden, um seine Pflichten kennen zu lernen. Wenn jedoch wirtschaftliches Mißgeschick vorliege, dann habe Deutschland einzig und allein Zeit und Hilfe notwendig.“ Zwischen diesen beiden Standpunkten suchte Theunis zu vermitteln.

Es scheint, daß seine Vermittlungsversuche nicht ohne Erfolg bleiben sollen. Da auch die italienischen Vertreter sich dem Widerstand Englands angeschlossen haben, und Poincaré nicht einmal seinen bisher treuesten Genossen Belgien bedingungslos auf seiner Seite sah, hat auch er nicht umhin können, einen Pfad zurückzustecken. Seine Stimmungsumschwung ist sicher auch der französischen Regierung nicht unbekannt ge-

blieben. Nachdem die Dienstagsitzung in London sich bis nach Mitternacht hingezogen hatte, spielte unausgesetzt der Telegraph zwischen Poincaré und dem Pariser Kabinett. Es fehlt in Paris nicht an Stimmen, die sein Verhalten aufs äußerste mißbilligen. Meldungen aus Paris besagen sogar, daß die Position Poincarés unhaltbar geworden sei. Die Nationalisten gebärden sich äußerst ungehalten. Der Bloc national, dem Poincaré seine Ministerpräsidentenschaft verdankt, ist erschüttert. In Paris wird offen die Auffassung vertreten, daß Poincaré die Londoner Konferenz nicht überdauern wird.

Lloyd George drängt darauf, daß die Sachverständigenkommissionen sich auf drei Wochen nach Deutschland begeben, um an Ort und Stelle die Sachlage zu prüfen. Der Theunis'sche Vermittlungsvorschlag empfiehlt ein provisorisches Moratorium von drei Monaten. In England scheint starke Neigung zu bestehen, diesem Vorschlage zuzustimmen. Mit seiner Annahme wäre die Konferenz beendet. Eine weitere Konferenz, die für September oder Oktober in Aussicht genommen ist, soll die Reparationsfrage der Lösung entgegenbringen.

Die bisherigen diversen Reparationspläne der Entente waren Sprengpulver für die Wirtschaft aller Länder. Es wird höchste Zeit, aus dem Chaos herauszukommen und Wiederaufbau an Stelle der fast ein Jahrzehnt währenden Zerstörung zu setzen. Daran ist das Proletariat nicht minder wie die privatwirtschaftliche Produktion interessiert. Die unzureichende Macht des Proletariats, noch beträchtlich dezimiert durch die Selbstzerfleischung in den proletarischen Reihen, hat es bisher nicht verhindern können, daß die Kriegs-, Reparations- und Staatslasten fast restlos den Lohn- und Gehaltsempfängern aufgebürdet wurden. Aber schwerer noch als durch die erdrückenden Steuern aller Art wurden sie durch die fortwährende Aushöhlung der Löhne geschlagen. Lohn- und Gehaltssteigerungen wurden meist schon wieder illusorisch, bevor sie sich wirksam erweisen konnten. Nur eine Stabilisierung der deutschen Währung gibt auch dem Proletariat die Möglichkeit, sich endlich eine halbwegs erträgliche Lebenslage zu sichern und die Kraft zur Abbringung der steterlichen Ueberlastung aufzubringen. So sind zur Stunde die Lebensinteressen des deutschen Proletariats auf Gedeih und Verderb mit der Lösung des Reparationsproblems verbunden.

Der französisch-englische Gegensatz

Paris, 9. August. Vertinax unterbreitet im „Echo de Paris“ die Forderung, daß die wichtigsten Pfänder, die Frankreich beantragte, im Rheinlande abzugeben seien. Dadurch könnte man auf Deutschland einen moralischen Druck ausüben, wenn es sich widerspenstig zeigte. Uebriens würden Beschlagnahmen im Rheinlande den Vorteil für Frankreich haben, daß es sie allein vornehmen könnte. — Als Robert Horne von diesem Plane Kenntnis bekam, rief er, wie Vertinax mitteilt.

„Das sind keine Garantien, das sind Sanktionen. Dies Programm hat politischen Charakter!“

Um Delasturie zu überzeugen, führte man englischerseits an, daß die meisten dieser Maßnahmen nur Papiermark einbrächten, besonders würden an den etwaigen neuen Sanktionen nur Papiermark eingenommen werden können, und über solche verfiel die Reparationskommission bereits in der Höhe von 4½ Milliarden. Darüber war

Delasturie sehr bestürzt

und erklärte, davon habe er keine Kenntnis gehabt, sonst hätte er es sich ersparen können, erst kürzlich eine Million Francs zum Ankauf von Papiermark anzuwenden, die man gebraucht habe, um Einläufe in Deutschland vorzunehmen. Besonders heftigen Widerstand leisteten die Engländer gegen die deutschen Staatswaldunnen als Pfandobjekt. Delasturie erwiderte jedoch auf alle Einwände, daß man hierbei weniger auf Geldeinnahmen als auf Naturalleistungen im Gold rechnet.

Die Belgier machten sodann darauf aufmerksam, daß man einen *circulus vitiosus* beschreibe. Denn man habe Deutschland für 1922 bereits einmal ein Moratorium gewährt. Die Erträge der Ausfuhrsteuer sollen aber hauptsächlich zur Abdeckung der Reparationszahlungen dienen, die im Londoner Ultimatum festgelegt seien. Aber gerade von diesen Zahlungen habe man Deutschland für 1922 teilweise

befreit. Infolgedessen könne man nicht das, was die eine Hand gewährt habe, mit der andern wieder zurücknehmen. Mit den 1½ Milliarden Ausfuhrsteuer würde man aus Deutschland mehr herauszuholen suchen als man ihm für 1922 zu zahlen auferlegt habe. Die Franzosen entgegneten, daß man die Prozentige Ausfuhrsteuer nur erheben solle, wenn sich Ueberflüsse über die Moratoriumsumme ergeben, so könne man dies aus der Reparationskasse wieder an Deutschland zurückzahlen. Es solle sich hierbei hauptsächlich um ein Druckmittel gegen Deutschland handeln.

Kompromißverhandlungen

(CC.) London, 9. August. Die ersten Besprechungen fanden heute zwischen Lloyd George, Poincaré und Theunis gelegentlich eines Frühstückes statt, das Lloyd George vormittags in der Downingstraße gab. Diese Besprechung zog sich bis 12½ Uhr hin. Man versichert in englischen Kreisen, daß Poincaré gewissen Milderungen seiner Vorschläge zugestimmt habe, insbesondere der Verwendung der Prozentigen Ausfuhrsteuer. Nachmittags fanden weitere Besprechungen zwischen beiden Ministerpräsidenten statt. Eine Vollversammlung wurde heute nicht mehr abgehalten. Man gibt als Ursache für die achttundvierzigstündige Unterbrechung der offiziellen Besprechung an, daß der Bericht des Redaktionskomitees noch nicht fertiggestellt sei. Der Belgier Bemelmans hatte, wie bekannt, den Auftrag erhalten, über die französischen Vorschläge einen Bericht zu erstatten. Tatsächlich traten die Mitglieder des Redaktionskomitees heute gegen 9½ Uhr vormittags im englischen Schatzamt zusammen, um Bemelmans Bericht zu erörtern. Aber die nichtfranzösischen Sachverständigen erklärten, daß die Vorbehalte, die zu den französischen Vorschlägen gemacht seien, nicht scharf genug ausgedrückt wären. Infolgedessen sei eine Ueberprüfung des Berichts erforderlich.

Wegen der Verzögerung infolge der notwendig werden den Reuifizierung des Berichts dürfe seine Vollziehung abgehalten werden. Dieser Vorschlag soll doch wohl nicht anders bezwecken, als den alliierten Ministerpräsidenten Zeit zu geben, in Privatbesprechungen zu einer Einigung zu gelangen. Die Finanzsachverständigen hielten dagegen heute um 12½ Uhr die angeordnete offizielle Besprechung ab. Wenn irgendmöglich, soll ihr Bericht heute abend Lloyd George und Poincaré noch zugestellt werden. Nachdem Poincaré Downingstreet heute mittag verlassen hatte, besprach sich Lloyd George etwa eine halbe Stunde mit dem italienischen Außenminister Schanzer. Die Belgier entfalten eine emsige Tätigkeit. Sie wünschen, daß ihr Anleiheprojekt durchgehe, wodurch die Priorität für ihre Reparationsforderungen gesichert würde. Sie wollen daher die Konferenz veranlassen,

ein Abkommen zu treffen, daß etwa 14 Tage Gültigkeit hätte, worauf Ende dieses Monats eine neue Konferenz einberufen werde, um eine allgemeine Verhandlung in der Reparationsfrage folgen zu lassen und das Anleiheprojekt zu erörtern.

Wenn, was als möglich angesehen wird, zwischen Lloyd George und Poincaré heute abend eine Einigung zustande käme, so würde die Konferenz morgen ihre letzte Vollversammlung abhalten, um die erstellten Beschlüsse offiziell zu notifizieren. Morgen früh wird sich das englische Kabinett versammeln und gleichzeitig wird Poincaré die Mitglieder des französischen Kabinetts von den Londoner Ereignissen in Kenntnis setzen, um im vollen Einvernehmen mit ihnen sein weiteres Vorgehen zu bestimmen. Man hält es für wahrscheinlich, daß Poincaré am Freitag London verlassen wird.

Lloyd Georges Zugeständnisse

Paris, 9. August. Der Sonderberichterstatter von Havas erklärt, über die heute vormittags von 9½ bis 12½ Uhr dauernde Unterredung zwischen Poincaré, Lloyd George und Theunis berichten zu können. Lloyd George habe von den französischen Vorschlägen angenommen: die Prozentige Abgabe von der deutschen Ausfuhr, die Beschlagnahme der Zollentnahmen und die Kontrolle der Staatsgruben im Ruhrgebiet und der Domanialförderung am linken Rheinufer. Die anderen Vorschläge wie die Zollschranke in den Rheinlanden und im Ruhrgebiet stehen noch auf seinen Widerstand der englischen Regierung. Auch Poincaré scheint unnahelbar zu sein. Die Sachverständigen sollten nachmittags nochmals die Frage der kritischen Pfänder prüfen.

Poincarés Plan und die Sachverständigen

Paris, 9. August. In der Morgenpresse werden Einzelheiten über die gestrigen Beratungen des Londoner Sachverständigenausschusses bekannt gegeben. Nach dem „Petit Parisien“ sind die wesentlichen von Poincaré unterbreiteten Vorschläge die folgenden:

Poincarés Vorschläge

1. 26 % ige Abgabe von dem durch die deutsche Ausfuhr erzielten Eingang an ausländischen Devisen;
2. Ausbeutung der deutschen Vorkommen;
3. 60 % Abgabe des Aktienkapitals der am linken Rheinufer gelegenen chemischen und Farbfabriken;
4. Beschlagnahme der Staatsbergwerke und Staatswälder auf dem linken Rheinufer;
5. Wiederaufrichtung der Zollschranke am Rhein und im Ruhrgebiet;
6. Erhebung von Steuern auf dem linken Rheinufer;
7. Stärkere Kontrolle der Reichsbank und verschiedene andere Maßnahmen von geringerer Bedeutung.

Die Sachverständigen hätten die Ziffern und Statistiken miteinander verglichen. Der Berichterstatter des „Petit Parisien“ glaubt zu wissen, daß die von den französischen Vertretern vorgelegten Zahlen mit einer Ausnahme als richtig anerkannt wurden. Sie würden im endgültigen Bericht zusammengefaßt werden, mit dessen Abfassung auf Verlangen der französischen Delegierten der belgische Vertreter Bemelmans beauftragt ist. Dieser Bericht werde in der heutigen Sitzung endgültig festgelegt werden. Er werde kollektiv sein, aber die Meinungsverschiedenheiten, die im Laufe der Erörterung zu Tage treten, werden darin angeführt werden.

Nach dem Berichterstatter wird das Memorandum folgende Angaben enthalten:

Ein Memorandum der Sachverständigen.

1. Die 26 proz. Abgabe auf ausländische Devisen, die dem Garantiefomitee ausgeliefert werden soll, sei gemeinsam auf 1250 Millionen Goldmark im Jahre abgeschätzt worden;
2. der Ertrag der deutschen Vorkommen sei ungefähr auf 300 Millionen Goldmark festgesetzt worden;
3. die 60 proz. Abgabe vom Aktienkapital der auf dem linken Rheinufer gelegenen chemischen und Farbfabriken, die einem intervallierten Syndikat übermittelt werden soll, dürste jedenfalls, wie die Sachverständigen sagen, 60 Millionen Goldmark ergeben.

Was die Einnahmen der Staatsbergwerke und Staatswälder anlangt, so seien die Ziffern stark angezweifelt worden. Die englischen Sachverständigen bemerkten, der Versuch allein, sie einer internationalen Körperschaft anzuvertrauen, dürste schon eine Verminderung ihres Ertrages herbeiführen. Die Sachverständigen seien aber darüber einig, ihren Ertrag auf 60 Millionen Goldmark abzuschätzen. Die neue Zollschranke lehnten die Engländer ab, da sie eine ernste wirtschaftliche Störung herbeiführen würde. Ihr Ertrag würde nur in Papiermark erstattet werden können, mit der die Reparationskommission nichts anfangen könnte. Sie habe schon 4 Milliarden deutsche Banknoten in der Tasche, die sie nicht ausgeben könne. Die Lokomotive habe dieser Beweisführung widerprochen. Wenn er gewüß hätte, daß die Reparationskommission Milliarden in Papiermark bestände, dann hätte Frankreich sie für Käufe verlangt, die es längst in Deutschland vorgenommen habe. Nach Ansicht des Berichterstatters wird das Memorandum heute um 12 Uhr der Konferenz vollständig übergeben werden.

Die Sachverständigenkommission gegen Poincaré

(E.V.) London, 9. August. Die englischen Morgenblätter berichten, daß die Sachverständigenkommission in ihrer gestrigen Beratung die französischen Forderungen ausdrücklich für unpraktisch und über das vernünftige Maß hinausgehend bezeichnete. Als einziger Punkt, über den die Kommission möglicherweise Maßnahmen vorschlagen könnte, seien die deutschen Zolleinnahmen und die Ausfuhrabgaben abgelehnt. Die

Mehrheit der Kommission sei gegen die französischen Vorschläge bezüglich der Kohlenzölle und der Erhebung von Steuern im besetzten Gebiet. Die Maßnahmen zur Beschleunigung von Bergwerken und Domänen sowie die Kontrolle der Großindustrie wurde ebenfalls von der Mehrheit abgelehnt. Bezüglich des letzteren Vorschlages wurde darauf hingewiesen, daß die Vorkommnisse, die sich das Ausland über die Gewinne der deutschen Industrie mache, zum großen Teil übertrieben sind.

Nach Mitteilung aus Londoner Kreisen kann man sagen, daß die Belgier eine Austerität

Scharfe Kritik an der französischen Vorschläge

geübt haben, ein Umstand, der auf Poincarés Gewohnheit, die belgischen Verluste stets zusammen mit den französischen Verlusten zu nennen, ein interessantes Schlußstück wirft. Man glaubt nicht, daß es zu einem Bruch der Konferenz kommt, man erwartet vielmehr, daß eine provisorische Regelung getroffen wird, um Gelegenheit zu einem Ausgleich der Gegensätze zu schaffen. Was das kritische Datum, den 15. August, den nächsten Zahlungstermin, betrifft, so wird versichert, es läge in dieser Beziehung keine Gefahr vor, daß Frankreich aus diesem Anlaß zu einem separaten Vorgehen sich entschließen könnte, da ja die Reparationskommission, wie es schon früher der Fall war, in der Lage ist, auch gegen den Willen des französischen Delegierten Dubois ein Moratorium zu gewähren. Mit der Abfassung des Berichtes über die Sitzung der Sachverständigenkonferenz wurde der Belgier Bemelmans beauftragt. Die Konferenz wird ihre Arbeiten heute nachmittags fortsetzen.

Die Lage gespannter als je

(E.V.) London, 9. August. Schon heute morgen liefen in Konferenzkreisen ganz beunruhigende Gerüchte um; jede Partei auf ihren Positionen beharrt, ist die Lage gespannter als je. Einer der Unterhändler erklärte, daß keine Aussicht auf eine Verständigung mehr bestehe. Lloyd George soll gesagt haben: Ich kann nicht mehr länger zugeben, daß Deutschland ruiniert wird, dadurch werden wir uns nicht bezahlet machen.

Poincaré soll erklärt haben: Ich will, daß Deutschland den Versailler Vertrag erfüllt und produktive Pfänder gibt. Thennis sucht noch wie vor zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt vermittelnd einzugreifen. Er soll heute morgen Lloyd George und Poincaré erklärt haben, der Gegensatz zwischen ihnen bestehe weniger auf tatsächlichen als auf prinzipiellen Gebiet. Die Diskussion drehe sich mehr um Gefühle als um scharfsinnige Tatsachen.

Lloyd George fordert noch wie vor

ein sofortiges und langfristiges Moratorium,

während Poincaré nur ein Moratorium von kurzer Dauer zulassen will und produktive Pfänder verlangt. Lloyd George ist der Ansicht, daß die französischen Vorschläge Deutschland einem schnellen Ruin entgegenführen werden.

Poincaré hat gestern Abend beim Bankett in der französischen Botschaft erklärt, daß er seinen Finger breit nachgeben werde.

Die Note Österreichs,

die den Alliierten die Verwaltung des Landes anbietet, wenn nicht eine sofortige Finanzhilfe erfolgt, hat in Konferenzkreisen einen großen Eindruck gemacht. Man spricht die Befürchtung aus, daß man sich früher oder später einem ähnlichen Versuch Deutschlands gegenüber finden könne. Es verlautet, daß die Konferenz am Schluß ihrer Session sich mit der österreichischen Frage beschäftigen wird.

Das englische Kabinett einberufen

(E.V.) London, 9. August. Die Morning Post erzählt, es sei Grund der Tatsache, daß keine Verständigung zwischen den Alliierten in Sicht ist, für morgen eine Sitzung des britischen Kabinetts zusammenberufen worden. Die Minister sind in ihre verschiedenen Ferienaufenthalte verstreut, viele von ihnen müssen eilig aus dem Ausland zurückkehren. Es wird erklärt, daß die Lage zweifellos ernst ist, das Kabinett wird morgen ernste Entscheidungen zu treffen haben.

Er hat das unerbittliche Verdienst, die Arbeiterbewegung in die Atmosphäre der Weltpolitik gebracht zu haben. Von allen Sozialisten seiner Generation hat Jaurès am besten die Bedeutung der Probleme der auswärtigen Politik verstanden, und ihr kennt besser als ich die Anforderungen, die er gemacht hat, um die Massen mit seiner Auffassung zu erfüllen, um sie zu befähigen, die Kontrolle über die Diplomatie auszuüben und direkt auf die Regierenden einzuwirken.

Diesem großen Manne genügt es nicht, daß die Partei zahlreiche Mitglieder hatte. Es genügte ihm auch nicht, daß die Partei unablässig Kritik übte am Kapitalismus und an dem Regime der Bourgeoisie. Er wollte, daß die Partei in allen Ländern, die die Welt bewegen, ihren Einfluß geltend macht.

Nichts ist in dieser Beziehung charakteristischer als die Antwort, die er auf dem sozialistischen Kongreß zu Amsterdam Bebel erteilte, der mit Stolz auf die soziale Mitgefühlbarkeit der deutschen Partei hingewiesen hatte. „Es ist bezeichnend“, sagte Jaurès, „daß die deutsche Sozialdemokratie trotz ihrer numerischen Bedeutung so wenig politischen Einfluß hat.“

In welchem Sinne sollte der Sozialismus in die internationale Politik einwirken? Die sozialistische Partei sollte die Interessen des eigenen Volkes, vor allem die der Arbeiterklasse vertreten und sich gleichzeitig von den Interessen der Menschheit leiten lassen. Die Menschheit und der Friede — diese doppelte Vorstellung beherrschte vor allem andere die Gedanken des Weikers. Bekanntlich ist der Bürger aller Völker genannt worden — Jaurès war der Bürger aller Nationen!

Ihr wißt, daß Jaurès wie alle andere, deren Bild nicht durch die engen Grenzen des eigenen Landes behindert wird, sich durch die Berücksichtigung dieser Ideen den Dank der Nationalisten und Militaristen und ihren Vorwurf des ungeliebten Patriotismus aneignen hat. Die Blinden! Sie haben nicht, und sehen auch heute nicht, daß man die Idee der Menschheit verzeihen kann, während man, oder besser gesagt, gerade weil man ein sehr guter Franzose oder ein sehr guter Deutscher oder ein sehr guter Engländer ist. Jaurès selbst hat ihnen in einer seiner ältesten Reden in der Deputiertenkammer sehr treffend beantwortet:

„Es ist leicht, die Leuten als schlechte Patrioten hinzustellen, die eine sehr hohe Auffassung von der Rolle des demokratischen Frankreichs in der Welt haben.“

Diese Worte lassen die edle Auffassung erkennen, die Jaurès von der Mission Frankreichs hatte. Die wichtige

Oesterreichs Schrei nach Krediten

(E.V.) Wien, 9. August. Der österreichische Bundeskanzler Seipel erklärte in einer Rede anlässlich der Eröffnung der Subskription für die österreichische Nationalbank, daß die Unterhaltung des Auslandes nicht nur für die Notenbank, sondern auch zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Lande nötig sei. Das ausländische Kapital habe bei der neuen Bank die Möglichkeit, ohne Risiko und ohne die Garantien der Auslandsmächte mitzuwirken an der Konsolidierung der Krone. Im Rahmen der großen Weltfragen könne die österreichische Frage nicht ignoriert werden. Der Gouverneur der Austro-Ungar-Bank Spillmüller erklärte es für zweifellos, daß durch die Errichtung der österreichischen Nationalbank die allgemeine Situation eine Besserung erfahren werde. Die Statuten der neuen Notenbank seien bereits fertig, die für Aktienbesitzer absolute Garantien in Goldfranken mit sechsprozentiger Verzinsung in Goldfranken geboten seien.

Die Bergarbeiter-Internationale für den Generalstreik gegen Krieg

(E.V.) Frankfurt a. M., 9. August. Der Internationale Bergarbeiterkongreß nahm nach einem Bericht des Belgiers Decker über die Arbeiterkontrolle in der Industrie folgende Entschlüsse an:

„Es wird als Pflicht der nationalen Sektionen erklärt, sich für die Einführung von Betriebsräten in der Bergbauindustrie einzusetzen.“

Weiter wurde auf belgischem Antrag der Beschluß des Genfer Kongresses, im Falle eines Krieges mit Hilfe des internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam den internationalen Generalstreik auszurufen, bestätigt und das Büro des internationalen Bergarbeiterverbandes beauftragt, dafür zu sorgen, daß auf dem nächsten Kongreß die Mittel für eine internationale Aktion geprüft werden können.

Derner soll sich das Büro unverzüglich mit den verschiedenen Verbänden treibenden Ländern in Verbindung setzen, um dort Gewerkschaftsorganisationen im Hinblick auf die Bergarbeiter-Internationale ins Leben zu rufen. Schließlich wird das internationale Komitee beauftragt, möglichst schnell die Beziehungen zu der amerikanischen Bergarbeiterorganisation wirksamer zu gestalten.

Die Franzosen hatten den Antrag gestellt, nicht nur im Falle eines Krieges, sondern auch zur Durchsetzung von internationalen Forderungen zum Mittel einer internationalen Aktion zu schreiben. Als erste Warnung und als Antwort auf Angriffe der Unternehmer soll ein internationaler Bergarbeiterstreik von 24 Stunden und, wenn dieser keinen Erfolg hat, ein längerer internationaler Bergarbeiterstreik ausgerufen werden. — Der französische Antrag wurde mit 86 gegen 18 Stimmen abgelehnt, der belgische mit dem gleichen Stimmenverhältnis angenommen.

Tagung der Internationale

(E.V.) Brüssel, 8. August. Die hier versammelten Vertreter der zweiten und der Wiener Internationalen beschlossen, die Untersuchung über die wirtschaftliche und politische Lage Deutschlands, mit der sie beauftragt wurden, an Ort und Stelle fortzuführen, und leiteten die Punkte des Fragebogens für diese Untersuchung ein. Sie geben allen Arbeitern bekannt, daß die Lebensbedingungen des österreichischen Proletariats täglich elender werden, und weisen darauf hin, daß keine Lage eine sofortige ausreichende Hilfe erfordere.

Die morgigen Versammlungsfeiern.

Wie uns vom zentralen republikanischen Verbände mitgeteilt wird, verpflichten die morgigen Kundgebungen zur Erinnerung an die Schöpfung der Weimarer Verfassung im ganzen Lande einen großen Erfolg.

In Berlin wird die staatliche Veranstaltung (Reichstag und Stadttheater) durch Kundgebungen der SPD. (Hirtshof und D.P. Kammerstraße) unterstützt werden. Nebenher geben die Jugendbewegung in der Brauerei Friedrichshain und das große republikanische Abendmeeting im Lustgarten (Dom und Altes Museum). Dieses beginnt um 8.15 Uhr und bringt bis zum Abmarsch des Fackelzuges zum Stadttheater die Reden namhafter Politiker aller republikanischen Parteien. In anderen bekannten Berliner Schauplätzen wird ein Plakonzert.

Dem Andenken Jean Jaurès

Die Rede des Genossen Breitscheid in Paris

Der „Populaire“ brachte in seiner Nummer vom 31. Juli die Rede des Genossen Breitscheid auf der Gedächtnisfeier für Jean Jaurès. Unter französischer Übersetzung lautet die Rede mit folgenden Worten: „Eine Rede war eine politische Tat, deren Tragweite über die Zeit hinaus geht. Die Auffassung, die Genosse Breitscheid von Jaurès habe, sei richtig. Jaurès wollte, daß die sozialistischen Parteien ihre auswärtige Politik befrachten, und daß sie in ihrer Nation einen politischen Einfluß hätten, der der Sozialdemokratie schütze.“

„Die Reparationen? Die deutschen Sozialisten haben sie gerade, aber in welchem Maße, nach welchem Abstand? Das ist die Frage.“

„In ihrem Kampf gegen die Verschleißtheit des letzten Jahres, Deutschland rufen die deutschen Arbeiter die Arbeiter von anderen Ländern zur Hilfe.“

„Wir lassen die Rede, die uns in der Übersetzung besprochen wurde, selbst folgen.“

Nicht ohne Sorge ergreife ich das Wort. Da ich eure schöne Sprache nur sehr unvollkommen spreche und zum erstenmal öffentlich französisch rede, muß ich meine Rede vorlesen, und ich finde nicht die Worte, die nötig wären, die mir gestellte Aufgabe zu erfüllen. Ihr werdet mich entschuldigen, und mich trüben ein wenig die Hoffnung, daß ihr mich trotz dieser Schwächen verstehen werdet, weil Sozialisten sich immer verstehen und verständigen können.

Nicht die Sprache, deren wir uns bedienen, ist das wichtige, sondern die Gemeinsamkeit der Ideen, unserer Überzeugungen und unseres Willens.

Niemals empfinden wir diese Gemeinsamkeit stärker als an diesem Tage, der Jean Jaurès gewidmet ist. Er war einer der großen Führer der proletarischen Bewegung, die ihren internationalen Charakter personifizierten, wie Karl Marx und Friedrich Engels. Er war ihr Schüler und er hat mit Bebel und Kautsky am meisten dazu beigetragen, diese glühende Forderung zu verwirklichen: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Diese Worte bedeuteten für ihn die lebendige Idee, der er seine ganze Kraft und selbst sein Leben opferte. Ist es nicht gerade seine im besten und besten Sinne des Wortes internationale Gesinnung, die in den schrecklichen Tagen vor acht Jahren, die Waffe des Kämpfers auf ihn lenkte, dem die Götter verzeihen mögen, da er nicht wollte, was er tat!

Aber was Jaurès auszeichnete ist, daß er vor allen anderen Sozialisten, die den internationalen Gedanken verzeigten, versucht hat, ihn zugleich umfassender und wirksamer zu gestalten.

Rolle Frankreichs in der Welt sollte eine demokratische Rolle sein, und nach der Auffassung von Jaurès ist der Sozialismus nichts anderes als die Entwicklung und die Forderung der Demokratie.

Ich, dieser Mann ist das erste Opfer des Weltkrieges geworden! Sein Tod war ein unendlich arbeitsamer Verlust für den französischen Sozialismus und für ganz Frankreich. Aber nicht nur Frankreich und der französische Sozialismus allein wurden getroffen; die ganze Welt — und ich nehme Deutschland nicht aus — hat durch den Tod Jaurès einen ungeheuren Verlust erlitten. Niemand, so hoffe ich, wird dem Sinn dieser Worte widersprechen. Jaurès verteidigte weder die Interessen Deutschlands kurzweilig, noch im besonderen die Interessen des imperialistischen Deutschlands. Aber dadurch, daß er der Menschheit dienete und an der Verständigung aller Nationen untereinander mitarbeitete, dienete er in Wirklichkeit allen Völkern ohne Ausnahme.

Ich kann heute nicht an alles das erinnern, was Jaurès auszeichnete einer französisch-deutschen Verständigung getan hat. Der furchtbare Krieg begann mit der Verdrängung seiner ganzen Arbeit. Aber was er getan hat, leuchtet uns mit so höherer Kraft den Schmerz süßen, ihn nicht mehr unter den Lebenden zu wissen. Seine Verdämftigkeit, seine Energie, seine Überzeugungskraft tun uns in der gegenwärtigen Stunde schrecklich not. In Frankreich so aut wie in Deutschland! Mehr als je wäre der Appell der demokratischen Mission Frankreichs ungenutzt! Mehr als je wäre in dem Rat der Nationen ein französisches Votum, der mit der ganzen Kraft seiner Seele Franzose wäre und der doch Deutschland verstände!

Wir schließen hiermit den ersten Teil der Rede, der die Würdigung der Persönlichkeit Jaurès enthält, ab. Den Schluß derselben, der sich mit dem internationalen Zusammenwirken des Proletariats beschäftigt, lassen wir in der nächsten Ausgabe der „Freiheit“ folgen. Die Redaktion.

Ein kommunistisches Bild? Wie wir hören, wurde auf der unlängst in Berlin stattgefundenen Reichsbildungskonferenz der KPD. ein Antrag gestellt, die KPD. möge ein politisches Bild herausgeben. Warum denn? Gewiß ist die „rote Fahne“ nicht? Dann soll man den Kopf von „Laski und Draconisation“ ändern. Vielleicht in „Kater Revolver“. Das Moskauer Geld wird man auch schon auf andere Weise klein kriegen.

Die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich

Der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld ist in Begleitung des bayerischen Innenministers Schwenker und des Justizministers Guertner in Berlin eingetroffen. Die Verhandlungen über das Reichsgesetz über die bayerische Verordnungen dazu haben im Laufe des Vormittags beim Reichspräsidenten Ebert begonnen. An den Verhandlungen nehmen der Reichskanzler und die beteiligten Reichsminister teil. Nach dem einleitenden Verhandlungen beim Reichspräsidenten werden sie beim Reichskanzler Dr. Wirth fortgeführt werden. Es ist damit zu rechnen, daß die Verhandlungen voraussichtlich noch in dieser Woche zum Abschluß gelangen und zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden. Der Reichskanzler Dr. Wirth hat die Absicht, nach Abschluß der Verhandlungen mit Bayern seinen Urlaub anzutreten.

Die Beratungen des Reichskabinetts.

(M.) Berlin, 9. August. Das Kabinett ist heute vormittag um 10 Uhr, vorläufig noch ohne die bayerischen Minister an einer Sitzung zusammengetreten. Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß Gegenstand der Beratungen in erster Linie die bayerische Frage sein wird. Die Sitzung dauert um 12 Uhr noch an. Um 11 Uhr hat Graf Lerchenfeld dem Reichspräsidenten Ebert seinen Besuch ab.

Die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich wurden, wie die P.P. hören, heute nachmittag in Einzelberatungen der beteiligten Ressorts fortgesetzt. Eine neue Gesamtsitzung der Vertreter des Reichskabinetts mit der bayerischen Kommission findet erst heute vormittag statt. Soweit sich bisher übersehen läßt, herrscht auf beiden Seiten das Bestreben, möglichst schnell zu einer Verständigung zu gelangen. Die Vereinbarung dürfte allerdings in Berlin schwerlich endgültig genehmigt werden, da die bayerischen Vertreter vorher die Zustimmung ihrer Koalitionsparteien einholen müssen.

Die Meldungen, daß Lerchenfeld und seine Uebersuchungskommission mit ganz bestimmter Marschroute von ihren bayerischen Auftraggebern nach Berlin abgesandt wurden, nehmen immer greifbarere Formen an. Das war übrigens vorauszusehen, nachdem die Reichsregierung völlig zur Gefangenen der Rührpartei geworden ist, was allein aus der „P. R.“-Meldung hervorgeht, wonach bei irgendwelchen Ergebnissen der Verhandlungen die Reichsregierung erst wieder nach München zurück muß, um die Zustimmung der Koalitionsparteien einzuholen.

Welcher Art die Forderungen Bayerns sind, geht besonders aus dem „Demokratischen Pressedienst“ hervor. Er schreibt:

„Daß das Ziel der Berliner Aussprache die Vereinfachung der verfassungsmäßig und juristisch unhaltbaren bayerischen Verordnungen sein muß, wird nachher auch in Bayern allmählich eingesehen. Aber Graf Lerchenfeld soll für dieses Zugeständnis ganz bestimmte Zusagen der Reichsregierung einhandeln und mit zurückbringen. Man plant allen Ernstes in Bayern folgendes „herauszuschlagen“ zu können:

1. eine Erklärung des Oberreichsanwaltes, daß er die Strafverfolgung der in Bayern begangenen Taten gegen das Reichsjustizgesetz ausnahmslos den bayerischen ordentlichen Gerichten überweisen zu wollen, bindend zusagt;

2. daß der Reichsminister des Innern bei Meinungsverschiedenheiten zwischen Reichs- und Landesregierung nicht den Staatsgerichtshof anzurufen, sondern sich bei der Entscheidung der Landesregierung zu beruhigen verspricht;

3. daß die Vollzugsbeamten des Reichskriminalpolizeiamtes nicht unmittelbar, sondern nur nach besonderer Vereinbarung in Bayern tätig werden;

4. daß die Reichsregierung eine Verfassungsänderung im Sinne eines erhöhten Schutzes der Länder gegen Beeinträchtigung ihrer staatlichen Rechte etwa dahin zugesagt, daß Verfassungsänderungen künftig erschwert, und daß Schwächerungen der Souveränrechte der Länder nur mit deren Zustimmung beschlossen werden dürfen.“

Danach würde also Bayern vom Reich nur die Kleinigkeit verlangen, sich selbst zu ohrfeigen durch Aufhebung der Reichsverfassung und Ersetzung durch die Bayerische Sonderverordnung.

Leider ist eine offizielle Erklärung über die bayerischen Bedingungen nicht erfolgt. Wir halten jedoch die vom „Demokratischen Zeitungsdienst“ gemeldeten durchaus für möglich, wenn wir das ganze Verhalten der Reichsregierung zu dem bayerischen Sondervergehen bedenken. Wir sind gewiß gegen Katastrophenspolitik und haben gerade im bayerischen Fall darüber keine Zweifel gelassen. Aber die wirklichen Katastrophenspolitiker mit verdrängten Armen gewähren lassen, ihnen womöglich noch Konzessionen machen, bedeutet das noch lange nicht. Aus Scheitern als ob gerade durch das allzu große Betonen eine Katastrophe vermieden zu wollen, die Reichsregierung völlig gegenüber Bayern in die Defensive gedrängt ist, ohne die außenpolitische Wirkung eines anderen Vorgehens gegen Bayern wesentlich zurückhalten. Den bayerischen Konfliktstreibern ist dadurch nur der Raum noch mehr geschwollen, während im Auslande unbedingt der Eindruck einer Schwäche der Reichsregierung verstärkt werden mußte. Die Reichsregierung hat sich durch die Drohungen der bayerischen Drahtzieher offenbar einschüchtern lassen, obwohl es klar ist, daß eine Loslösung Bayerns von der übertrugen Mehrheit des bayerischen Volkes als politisch und wirtschaftlich unmöglich erkannt wird. Der bayerische Separatismus ist nicht mehr als ein Schlagwort, hinter dem in Bayern eine kleine Clique steht, dem aber, wie es scheint, leider auch die Reichsregierung Konzessionen machen will.

Es geht weder um „Mehrheitsrechte“ noch um einen „Schutz der Demokratie“ — der Gegenstand Bayerns zum Reich ist der Gegenstand landwirtschaftlicher Minderheiten gegen industriellen Fortschritt, Gegenstände, die politisch ihren Ausdruck finden im Kampfe der Monarchisten gegen die Republik. Konzessionen an Bayern bedeuten darum Zugeständnisse an die Monarchie, heißen Unterstützung der Feinde der Republik. Diese aber ist gerade genug gefährdet.

Die Reichsregierung ist zum Schutze der Republik da. Sie mag dessen eingedenk sein bei den Verhandlungen mit Bayern. Gibt sie Bayern gegenüber nach, um einen Feind zu beruhigen, — in Wirklichkeit jedoch zu stärken! — so wird sie sich andere Feinde zuziehen und Folgen heraufbeschwören, die heute noch unabsehbar sind.

Wirkung in die Ferne.

Die S. A. fragt die Reichsregierung und Bayern, ob es wahr ist, daß jüngst der Botschafter des Reiches in Paris, Dr. Nayer, der französischen Regierung erneut die Überberung des französischen Gesandten in München, Dard, nahegelegt und darauf vom Staatssekretär des französischen Kabinetts, Verretti della Rocca, die Antwort erhalten hat, daß Bayern nach seinen Verfassungen und Rechtszuständen (!!) vom Ausland nur noch als ein halbwilliger Staat angesehen werden könne und danach behandelt würde.

Sind diese Äußerungen gefallen, dann zeigen sie, durchaus gleichlaufend mit den französischen Absolutierungsbestrebungen, welchen Nutzen gerade die unerbittlichsten Sieger aus Bayerns antirepublikanischer Trugpolitik ziehen. Denn wenn wir natürlich auch das Ministerium Poincaré nicht als maßgebenden Richter über deutsche Zustände anerkennen, so müssen wir ihm doch zugestehen, daß es jedes Mittel für seine imperialistischen Zwecke geistigt ausnutzt. Und deshalb sollte keine Verhandlung getroffen werden, die nicht unbedingt sicherstellt, daß Bayern sich künftig wenigstens der Welt gegenüber loyal in das republikanische Reich einfügt.

Der ganze Ludendorff!

Auf den vom „Vorwärts“ veröffentlichten Briefwechsel Ludendorff-Sontag (siehe „Freiheit“ vom 31. 7. 22) erklärt Ludendorff jetzt eine Erklärung, die nicht weiter als ein fetter Jurkschleier ist. Sie lautet:

Der „Vorwärts“ veröffentlicht ein von mir vor Jahresfrist an den Berliner Schriftsteller Herrn Sontag gerichtetes Schreiben, in dem ich bei, gegen Äußerungen des Generals Hoffmann Stellung zu nehmen. General Hoffmann hatte sich damals öffentlich wenig vorsichtig über mich ausgesprochen. Ich mußte dadurch um so mehr verletzt sein, als General Hoffmann in schweren Kriegsjahren mein volles Vertrauen besessen hat. Ich habe ihn selbst aus Verachtung seiner militärischen Fähigkeiten als meinen Nachfolger in der Stellung als Chef des Generalstabes beim Oberbefehlshaber Ost vorgeschlagen. Inzwischen hat General Hoffmann mir schon vor Jahresfrist durch eine ritterliche Erklärung Genugtuung gegeben. Auch wurde mir versichert, daß die Feldpostbriefe des Generals Hoffmann an seine Frau verbundene Mitteilungen nicht enthielten, und daß Frau Hoffmann allein aus patriotischen Beweggründen handelte. Die Angelegenheit ist somit seit langem erledigt.

Wenn sich der „Vorwärts“ aus der engen parteipolitischen Anschauung befreien würde, dann würde das Blatt erkennen, wie wenig dem deutschen Volke mit dem Hervorheben von alten und vergangenen persönlichen Unstimmigkeiten gedient ist. In unserer verzweiflungsreichen Lage wäre es jetzt an der Zeit, nicht rückwärts, sondern vorwärts zu sehen. Die Lage erfordert die Sammlung aller wirtschaftlichen, sozialen, ethischen und physischen Kräfte zu vaterländischer Arbeit, die frei von jeder Selbstsucht sein soll.

Merkwürdig: Der Jahresfrist wurde der Brief Ludendorffs an Sontag geschrieben. Vor Jahresfrist aber auch wurde Ludendorff schon „ritterliche Genugtuung“ von General Hoffmann gegeben. Nehmen wir den günstigsten Fall, daß Ludendorff seinen Brief vor der Genugtuung geschrieben hat, so kann es sich dennoch nur um Mähen, wenn nicht gar Tage handeln. In dieser kurzen Zeit hat es sich Ludendorff fertig bekommen, seinen ehemaligen vertrauten Freund öffentlich auf das Gröbste zu beschimpfen oder besser gesagt, als „echter“ Deutscher durch andere beschimpfen zu lassen, und dann wieder Genugtuung entgegenzunehmen, und seinen Feind als reinen Ehrenmann wieder öffentlich zu lobpreisen. Erst war Hoffmann Vorkämpfer, dann „ein Schädling, der in echt jüdischer Weise vaterländische Werte zerstört“, seine Frau wird sozusagen als jüdische Kantippe hingestellt, die mit Reichsverderbern verkehrt und ihren „krankhaft ehrgeligen“ Mann unterm Pantoffel hat, und nachdem Ehrenmann Ludendorff so seine ehemaligen Vertrauten heruntergemacht hatte, nimmt er einige Tage oder Wochen später „ritterliche Genugtuung“ an. Alles das „patriotischen Beweggründen“ erfolgt. Leichtfertigkeit? —

Das Tollste aber ist, daß dieser Ehren-Ludendorff sich in seiner Erklärung noch erdreistet, anderen über „ethische Sammlungen“ Ratsschläge zu geben. Er lehre hübsch und hübl auf lange Zeit vor seiner eigenen Tür und überlasse die Sammlung anderen, dann würde er dem deutschen Volke in der „verzweifeltsten Lage“ den einzigen Dienst leisten, zu dem er überhaupt noch in der Lage ist.

Bedenkliche Symptome

Auf dem kürzlich stattgefundenen Nordbayerischen Bezirksparteitag der K.P.D. redete der kommunistische Abgeordnete Kemmle also:

„Es ist das Wesen der kommunistischen Politik, daß sie nicht oberflächlich auf den Himmels geht, sondern den Grund untersucht.“

In Anwendung dieses Wesens der kommunistischen Politik ließ sich derselbe Kemmle in seinem weiteren Ausführungen folgendermaßen vernehmen:

Die K.P.D. ist eine junge revolutionäre Partei. Sie muß in kurzer Frist (!) das schaffen, wozu unsere russischen Genossen jahrzehntelange Zeit hatten... Die Kräfte der Bourgeoisie sind demnach aufgeschreckt. Mit ihrer letzten Kraft sucht sie den Bestand der kapitalistischen Ausbeutungsherrschaft zu sichern. Aus eigener Kraft kann sie dies nicht mehr. Dabei findet sie in den beiden menschenwürdigen Parteien feindliche Helfer.

Das Gesetz zum „Schutz der Republik“ ist der große Kriegsplan, der in den nächsten Jahren gegen die Arbeiterklasse Anwendung finden soll.“

„In kurzer Frist russische Zustände“, die aufgezehrte Bourgeoisie mit dem Schutzgesetz gegen die Arbeiter, — das alles offeriert Kemmle, K.P.D., Funktionäre (!) als „Wesen der kommunistischen Politik.“ — Der Instand der K.P.D. und besonders ihrer Führer scheint doch ernster zu sein, als wir bisher annahmen.

Gegen die Verheerung der Schuljugend

Ein Erlaß des preussischen Kultusministers.

Der preussische Kultusminister hat, wie der amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, an die Provinzialschulinspektoren und Regierungen folgenden vom 4. August datierten Rundbrief herausgegeben:

Die Ereignisse der letzten Zeit haben die Notwendigkeit einer Erziehung zu lebendiger Staatsgesinnung, zu einem Staatsideal, in dem Volksgedank und Staatsgefühl sich durchdringen, mit furchtbarer Deutlichkeit gezeigt. Unser Staat muß in dem Bewußtsein und dem Pflichtbewußtsein der Jugend gegründet sein, wenn er nicht in seinem Bestande bedroht sein soll. Nur der Wille zum Staat und die Einsicht, daß alle kulturellen Güter auf dem Staat beruhen, daß er die Lebensform der Nation ist, daß Staat, Volk, Persönlichkeit untrennlich aufeinander angewiesen sind, könne das Deutsche Reich vor dem Zusammenbruch retten. Die staatsbürgerliche Erziehung, diese wichtigste Aufgabe der deutschen Schule, macht es erforderlich, daß von den Schülern und Schülerinnen der mit unterstellten Schulen alles ferngehalten wird, was geeignet wäre, sie in ihrer Staatsgesinnung zu verwirren oder sie gar gegen den Staat zu beeinflussen, zu dessen Bürgern und Bürgerinnen sie herangebildet werden und dem sie einmal mit Hingebung dienen sollen.

Gegenüber jugendlichen Entgleisungen und Verfehlungen habe ich bisher geschwiegen. Die Gewissenskonflikte weiterer Jugendkreise und die Erschütterungen ihrer Gefühlswelt sollen durch verständnisvolle Erziehung zum lebendigen Staatsgefühl, zum freiwilligen Gehoriam gegen das der Rechtsidee entsprechende Staatsgesetz, zur freien Achtung vor der Republik übermunden werden. Diese Erwartungen haben sich zu meinem Bedauern nicht überall erfüllt. Es wird mir von planvollen Verheerungen jugendlicher gegen Staat und Staatsform berichtet, und es erscheint erwiesen, daß eine Reihe von Jugendverbänden und Schülervereinen dem Erziehungswillen des Staates entgegenarbeiten und die Autorität des republikanischen Staates, seiner verantwortlichen Leiter und seiner Maßnahmen in den Köpfen unreifer Schüler und Schülerinnen auf schwerste erschüttern. Das aber bedroht den Frieden und die Aufzucht der Schule, erzeugt überhöhte Forderungen und ruft zum Widerstande gegen die Staatsautorität, ja zu Schlimmerem auf.

In Ausführung der am 19. Juli d. J. getroffenen Vereinbarung der Unterrichtsverwaltungen der Länder und in Ergänzung des Rundbriefes vom 11. März 1920 bestimmte ich, daß es den Schülern (Schülerinnen) aller Schulen verboten ist, Schülervereine oder sonstigen Vereinen anzugehören oder an ihren Veranstaltungen teilzunehmen, die sich nach ihren Satzungen oder nach ihrer Betätigung gegen den Staat und die geltende Staatsform richten, seine Einrichtungen bekämpfen oder Mitglieder der Regierung des Reiches oder eines Landes verächtlich machen. Das gleiche gilt von Vereinen, die nach ihren Satzungen oder nach ihrer Betätigung die verfassungsmäßigen Grundrechte der Deutschen mißachten, Glieder der deutschen Volksgemeinschaft ihrer Abkunft, ihres Glaubens und ihres Bekenntnisses wegen bekämpfen oder die sonst in ihren Bestrebungen und Zielen die Erziehung zum Bürger der deutschen Republik im Sinne des Artikels 140 der Reichsverfassung gefährden.

Die Provinzialschulinspektoren und Regierungen beauftragte ich, schleunigst für die Durchführung dieses Verbotes zu sorgen. Ueber jedes einzelne Verbot ist mir sofort unter eingehender Mitteilung der Gründe zu berichten. Daß das Verbot sich ohne weiteres auf diejenigen Vereine bezieht, die von der Reichs- oder Landesregierung oder ihren Organen allgemein verboten sind, versteht sich von selbst.

Im übrigen bleiben die geltenden Bestimmungen über Schülervereine vorläufig unverändert. Zur Vorbereitung der von mir in Aussicht genommenen allgemeinen Umgestaltung der Bestimmungen über Schülervereine erlaube ich mir, mir noch einen besonderen eingehenden Bericht über die Beobachtungen binnen 4 Wochen vorzulegen, die in letzter Zeit mit denjenigen Jugendverbänden und Schülervereinen gemacht worden sind, die mehr oder minder politisch bezw. parteipolitisch gefährdet sind.

Bisher haben die Kräfte nationalitätlicher Verheerung es trefflich verstanden, Erlasse und ähnliche amtlichen Rundgebungen, die ja auch von Zeit zu Zeit ergehen, ein Schnippen zu schlagen. Auch in den Schulen selbst wird von Lehrern und Lehrerinnen manches auf diesem Gebiete geleistet. Es muß also auch hier durchgegriffen werden, wo sich nationalitätliche Widerbereitschaft zeigt.

„Tod den Verrätern!“

Wir berichteten gestern unter der Überschrift „Tschitschew und Einheitsfront“, daß der bolschewistische Diplomat und kommunistische Führer die Presse des In- und Auslandes — selbstverständlich unter Ausschluß der sozialistischen Presse, wahrscheinlich von wegen der zu erwartenden Abfuhr — zu einem Teaband eingeladen hatte. Ueber dieses Teetrinken finden wir in einer Berliner Zeitung folgende Schilderung:

„Die prunkvollen Salons der alten russischen Bojars unter den Linden, kostbare Möbel, ein Mar moraal mit Intarsienfriese und mit tendria ein mächtiges Büfett mit allerhand Lederereien in flüssiger und fester Form. Auf dem Flügel die Noten von ein paar russischen und spanischen Romanzen, auf den Tischen Silber, Kristall und Porzellan. Russische und deutsche, französische und englische Broden schwirren in dem hellen, prunkvollen Raum umher.“

„Allerhand Lederereien in flüssiger und fester Form“, „Silber, Kristall, Porzellan“ — alles für die Bourgeoisie in Westeuropa. In Rußland heißt es aber gegen Sozialisten: Tod den Verrätern! Alles zusammen aber heißen die Kommunisten: Weiterstreifen der Revolution.

Verhinderung des Frankfurter Buchdruckerkreises. Der Buchdruckerkreiß hat sich an Hamburg vor der Höhe und Oberursel ausgedehnt. Sämtliche Frankfurter Zeitungen sind nach wie vor am Erscheinen verhindert.

Abrikkuna? Der Präsident der Republik Mexiko hat nach einer Besprechung mit dem Kriegsminister eine Verstärkung der mexikanischen Feldarmee verfügt. Durch Bildung von zwei neuen Divisionen wird die Stärke der Feldarmee auf acht Divisionen erhöht. Eine vom Kriegsministerium eingesetzte Kommission prüft zurzeit die Frage einer Reform der Militärorganisation entsprechend der neuen Verfassung von 1917.

Lebensmittelkrawalle in Oberschlesien. Im polnisch gewordenen Teile Oberschlesiens, und zwar in Kattowitz, haben sich schwere Lebensmittelkrawalle ereignet. In der Markthalle wurden sämtliche Verkaufsstände der Fleisch- und Fleischwarenhandler zerstört und geplündert. Ähnliche Vorfälle ereigneten sich in Kattowitz. In die Lebensmittelkrawalle in Oberschlesien äußert man sich an.

Groß-Berlin

Niſtände in der Kinderheilſtätte Eichkamp

Schon wiederholt ist in aller Deffentlichkeit Klage geführt worden über Zustände, die in Heilstätten herrschen und die nicht mit den Nachwirkungen des Krieges zu entschuldigen sind. Wir sind heute in der Lage, über einen Vorfall berichten zu können, der sich kürzlich in einer vom Rote Kreuz in Eichkamp errichteten Kinderheilstätte zugetragen hat. Für die Richtigkeit der von uns angeführten Tatsachen sind wir bereit, die volle Verantwortung zu übernehmen.

Wenn jemand seine Kinder, die erholungs- und heilungsbedürftig sind, auf dringendes Anraten des Arztes in eine Heilstätte gibt, so macht er es in der Voraussetzung, daß sich der Zustand des Kindes bessert. Diese Gewißheit konnte eine Frau M., Mutter eines achtfährigen lungenkranken Knaben, nicht haben, die diesen auf Anraten des Arztes persönlich nach der Kinderheilstätte in Eichkamp bringen wollte und, wie sie uns mitteilt, recht eienartiae Erfahrungen mit den Zuständen der Anstalt und dem Verhalten der dort tätigen Schwestern machen mußte.

In einem kleinen Barackenraum, in dem elf Betten dicht nebeneinander und kreuz und quer standen, lagen Kinder im Alter von 1-3 Jahren, zum Teil mit Ausschlägen bedeckt, noch in den Betten oder lagen auf Nachgeschirren. Daß es nicht gerade wie in der Parfümeriefabrik roch, ist selbstverständlich. War die Absicht der Schwester, den achtfährigen Knaben durch Anziehen von Mädchenkleidern wenigstens äußerlich in ein weibliches Wesen zu verwandeln, schon reichlich absonderlich, so war die Zumutung der Schwester, den Knaben durch Unterbringung in diesem Raum neben seiner Lungenkrankheit auch noch der Gefahr der Ansteckung durch Ausschlag auszusetzen, zum mindesten unbegreiflich. Auf den schüchternen Einwand der Mutter wurde ihr in ziemlich schnippischem Ton bedeutet, daß für den Knaben kein Gipszimmer eingerichtet werden könne.

Niemand wird es der Mutter verdenken können, daß sie unter diesen Umständen das Kind nicht der Obhut eines solchen Pflegepersonals überließ, das sich hinterher noch in atemlos grober Weise weigerte, die Ueberweisungsfarte auszuhandigen. Mit allem Nachdruck muß dagegen Protest erhoben werden, daß man etwa proletarischen Eltern und ihren Kindern bei jeder Gelegenheit so recht fühlbar in Erinnerung bringt, daß Armut doch eine Schande ist. Etwas Höflichkeit den Arbeitereltern gegenüber von Seiten der den sogenannten „gebildeten“ Kreisen entstammenden Schwestern wäre dringend zu wünschen. Ist genau läßt man die wahre Herzensbildung, die die Haupteigenschaft jeder Pflegerin sein sollte, vermissen. Damit soll jedoch nichts gegen die Schwesternschaft in ihrer Gesamtheit gesagt werden, deren vortreffliche Arbeit im Dienst der Allgemeinheit wir voll und ganz würdigen wissen.

Auf keinen Fall aber sind die von uns gekennzeichneten Zustände in dieser Kinderheilstätte zu entschuldigen. Entweder man hat die Gewähr, daß die Heilstätten Heilung bringen, oder aber man soll nicht trügerische Hoffnungen in den Herzen armer Leidender erwecken und die Bude zumachen. Hoffentlich nehmen die maßgebenden Kreise Gelegenheit, auf Abstellung der von uns gekennzeichneten Zustände zu dringen.

Schulverwaltung und Verfassung

Zur erneuten Kennzeichnung der vorherrschenden Weisrichtung im brandenburgischen Provinzial-Schulkollegium wurde von uns kürzlich berichtet, es sei einem sozialistischen Studienrat in einem auf politischer Grundlage gegen ihn eingeleiteten Untersuchungsverfahren eröffnet worden, daß „für die Pflichten eines Beamten im wesentlichen noch die alten Grundsätze zur Anwendung kommen“. Wir bezeich-

Der Entgleiste

Roman von Wilhelm Holzamer.

(15. Fortsetzung.)

7. Kapitel.

Man sprach keinen einheitlichen Dialekt im Dorf, wie fast überall in Mainzer Landen. Hier aber, an der Grenze zwischen Mainzer Land und Kurpfälzer Land war die Scheidung noch deutlicher. Es gab einen ganz alten Dialekt, gewöhnlich und roh — statt Erde sagte man Arde, statt haben hunn, statt der dar — er wurde nur noch von den ganz alten und den ganz gewöhnlichen Leuten gesprochen. Dann war der eigentliche Dialekt, in dem sich das hunn gern festhielt. Aber schon wurde es — fast schämig — vermieden, wenn man ein „besseres“ Gespräch führte. Dazu schuf sich ein neuer Dialekt, der aus gutem Hochdeutsch, aus Worten des alten Dialektes und gelegentlich aus Worten des Mainzer städtischen Dialektes bestand. Der Rheinbaffe ist nun auf jeden Fall ein feiner Sprecher und Sprachempfinder. Je nach der Stimmung und momentanen Wirkung wählt er die Worte — ein hochdeutsches oder ein Dialektwort — und so ist seine Sprache nie ganz rein und erscheint dem Fremden nicht konsequent. Man muß es aber tiefer hören können, wann und warum er nicht sagt und mit sagt. Beides bedeutet daselbe, ist aber nicht daselbe. Ein norddeutscher Dichter, der das unbesehen und rein äußerlich ausnahm, beging eine grobe Gleichmaßlosigkeit. Ebenso wie der Schulmeister, der daran seine philologische Kritik anhängt — ach, wie weit entfernt voneinander sind lebendige Sprache und Philologie, wie arm ist Konsequenz, wie reich Inkonsequenz! — nur seine Banalität beweist, die gerade hinreicht, Unteroffiziere zu erziehen — wach eine Kulturmission und was für ein Kulturansicht! — aber nicht ausreicht, den lebendigen Fluß der Sprache zu würdigen. Der Rheinbaffe verfallt so durch seine Sprache leicht dem Bespött. Er ist einestheils nicht mehr genug Dörfler, andernteils noch nicht genug Städter. Seine Sprache ist der Ausdruck seiner geistigen Verfassung: immer im Fluß, immer beeinflusst, immer vorführend, nie beharrend. Immer wollend — selten genug vollbringend. Er hat irgendwo eine Schwäche — er ist zu biegsam, wo er knochig und hart sein sollte. Er hat

neten das als Verfassungssabotage und nannten als verantwortliche Schuldnerinnen für die protokolllarische Eröffnung der Regierungsrat Dr. Schamvogel und den Schulrat Hartke. Hierzu wird dem rechtssozialistischen „Volkfreund“ in Frankfurt a. O. berichtet, daß die beiden genannten Deputierten keine Schuld an der eigenartigen Behandlung der Angelegenheit trifft. Schulrat Hartke ist Rechtssozialist und wurde erst vor einiger Zeit in das Provinzial-Schulkollegium berufen. Er hat also mit dem von uns beanstandeten Protokollwortlaut offenbar die sich mit der Verfassung in Widerspruch setzende Haltung des Kollegiums wiedergegeben. Dasselbe Blatt führt das Verfahren gegen den nun schon im dritten Jahre beurlaubten Studienrat auf Treiberseiten des ihm vorgelegten Gymnasialdirektors zurück. Der Direktor, der politisch rechts steht, habe in seinen amtlichen Berichten, ohne jeden tatsächlichen Anhaltspunkt eine suppletische Verleumdung des sozialistischen Studienrates behauptet. Man muß sich dann allerdings wundern, daß so leichtfertig den Ruf und das Amt des Studienrates schädigende Behauptungen und Verbreitungen noch nicht zu einem Verfahren gegen den nichtsozialistischen Gymnasialdirektor geführt haben. Auch nach unserer Meinung ist ein Gymnasialdirektor, der in solcher Form einem andersdenkenden Berufskollegen das Wasser abzugraben versucht, auf seinem leitenden Posten unmöglich geworden.

Deutsch-englische Friedenskundgebung

An der deutsch-englischen Friedenskundgebung, die am Sonntag, den 20. August, vormittags 10 Uhr, im Saal und Garten der Brauerei Friedrichshain stattfindet, werden von englischer Seite teilnehmen: G. J. Veaney, Maschinenbauer; W. B. Charlton, Generalsekretär des Durhammer Maschinen- und Heizer-Vereins; Paul Dessoirs, Schachmeister der J. A. L. (International Arbitration League — Internationale Schiedsgerichts-Viga); John Joy, Stadtverordneter; Thomas Kennewen, Abgeordneter der Arbeiterpartei und Sekretär der Sozialistischen Federation; Barnat Kaynon, Bergarbeiter, Abgeordneter der Liberalen Partei; Fred Maddison, Generalsekretär der J. A. L.; John Morgan, Vorsitzender der J. A. L.; Oberst Sir Edward Pryce-Jones, früherer Abgeordneter der Konservativen Partei; W. A. Wilson, Bauarbeiter.

Die Kundgebung ist einberufen von der Gewerkschaftskommission Berlins und Umgegend und dem Ortsrat der Groß-Berlin des Afa-Bundes, in Gemeinschaft mit den Bezirksorganisationen der SPD. und USPD. Zutritt frei für jedermann.

Die Verfassungsfeier am 11. August

Das „Kartell republikanischer Verbände Berlins“ erläßt für den 11. August folgenden Aufruf:

Um allen Republikanern, die zu den großen Veranstaltungen der Parteiorganisationen und der Jugend keinen Einlaß mehr finden, Gelegenheit zu einer Feierstunde zu geben, hat sich das Kartell republikanischer Verbände zu Berlin entschlossen, zur Teilnahme an einem großen Abendmahl vor dem Alten Museum und dem Dom im Lustgarten aufzurufen. Im Rahmen musikalischer Darbietungen werden um 8 1/2 Uhr abends etwa zehn Redner aller republikanischen Parteien auf die Bedeutung des Tages hinweisen. Bekannte Berliner Schauspieler werden Verse aus der Achtundvierziger-Literatur sprechen. Nach Schluß der Kundgebung formiert sich ein allgemeiner Pakttag, der sich mit dem aus dem Friedrichshain kommenden Zuge der republikanischen Jugend vereinigen und zum Staatstheater ziehen wird. Den Abschluß des Abends bildet ein gemeinsamer Umzug durch die Straße Unter den Linden. Es darf erwartet werden,

daß die gesamte republikanische Bevölkerung dieser und den anderen Veranstaltungen die größte Aufmerksamkeit schenkt.

Der 11. August in Lichtenberg. Das Bezirksamt Lichtenberg veranstaltet am Freitag, den 11. August 1922, abends 7 1/2 Uhr, im Festsaal des städtischen Cecilia-Theaters, Lichtenberg, Rathausstraße 8, eine Feier des Jahrestages der 1919 gegebenen Verfassung des Deutschen Reiches. Die einleitende Ansprache des stellvertretenden Bürgermeisters Herrn Stadtrat Stimming und die Festrede des Herrn Regierungsrates Dr. Löwe vom Reichswirtschaftsministerium werden von Konzertdarbietungen des Lichtenberger Sinfonieorchesters (Leitung Herr L. Schrader) umrahmt werden. Zur Aufführung gelangen: Ouvertüre zu Goethe's „Egmont“ von Beethoven, Andante aus der Sinfonie G-Moll (unvollendete) von Schubert, Vorspiel zur Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ von Richard Wagner. — Einlaß nur bei Vorzeigung der besonders ergangenen Einladungen.

Sozialistische Proletarierjugend, Agitationsbezirk Westen. Der gesamte Agitationsbezirk (Gruppen Westen, Schöneberg, Steglitz, Lanwisch, Charlottenburg, Moabit, Blumbergsdorf) beteiligt sich an der Verfassungsfeier, Freitag, den 11. August im Saalbau Friedrichshain. Treffpunkt pünktlich 8 Uhr Moritzplatz Normaluhr.

Im Zoologischen Garten findet anlässlich des morgigen Nationalfeiertages Doppelfonari statt.

Kartoffeln billiger!

Die Befürchtungen, daß der Kartoffelpreis, der vor drei Wochen 7 bis 8 M. für das Pfund betrug, infolge der anhaltenden Regenfälle und durch Beeinträchtigung der Zufuhren noch mehr in die Höhe gehen werde, haben sich erfreulicherweise nicht erfüllt. Der Preis ist sogar schon bis auf 3,50 M. herabgegangen. Auch sind die Zufuhren durchaus genügend. Natürlich muß selbst der gegenwärtige Preis für ein Hauptnahrungsmittel der unbemittelten Bevölkerung noch immer als außerordentlich hoch angesehen werden. Jedenfalls sieht man aber wieder einmal, was vor drei Wochen von den Kartoffelschiebbern und Konsumturmachern verdient worden ist, da ja damals die Frachten und andere Unkosten nicht höher waren, als sie heute sind. Die übliche Klage, daß die vor drei Wochen behandelte Ware vom Ausland bezogen sei, glaubt selbstverständlich kein Mensch.

Zweimillionen-Diebstahl in einem Hotel.

Ein neuer großer Hoteldiebstahl wird aus der Friedrichshain gemeldet. Am 17. v. Mts. kam ein Amerikaner Berner mit seiner Familie von New York nach England. Während die Familie dort blieb, reiste er am 1. August über Antwerpen und Köln nach Berlin, um hier wegen eines Unfalles am Kopf einen ihm in Amerika empfohlenen Arzt aufzusuchen. Auf dem Bahnhof in Antwerpen traf er eine etwa 25 Jahre alte Dame, die verschiedene Sprachen beherrschte und ihm bei der Führung der Fahrkarte behilflich war, weil er nur englisch spricht. Wie er glaubt, sprach sie am Schalter holländisch. Die Dame fuhr dann mit nach Köln und gab unterwegs auch ihren Namen, Nola Fischermann, und ihre Wohnung an. Der Amerikaner übernachtete in einem Hotel ab und belagerte seine Reisebegleiterin in ihrer Wohnung. Sie erzählte, daß sie in Berlin geschäftlich zu tun habe, Brillanten einkaufsen wolle und dergl., entschloß sich gleich mitzuführen und erklärte sich bereit, dem Amerikaner auch beim Auffuchen des Arztes mit ihren Sprachkenntnissen zur Seite zu stehen.

Am vergangenen Sonntag fuhrten beide ab und lehrten in einem Hotel in der Nähe des Bahnhof Friedrichstraße ein. Der Amerikaner trug sich mit seinem richtigen Namen in das Fremdenbuch ein, seine Begleiterin nicht. Beide bewohnten ein Zimmer gemeinsam, ohne näher miteinander zu verkehren. Deffentlich tat die Dame sehr vertraut mit

einen Energiemangel, eine Weichheit, die aus Alter, Rassenmischung und geschichtlichen Erlebnissen zu erklären ist.

Der Philipp bemühte sich jetzt, hochdeutsch zu sprechen. Aber der Schnabel stand ihm noch nicht danach.

„Geh zum Brownenersch Schorsch“, sagten die Buben zu ihm, „und laß dir erst's Maul stellen!“ Der „Brownenersch Schorsch“ hatte nämlich ein bißchen einen schneppen (schiefen) Mund und hatte immer die Pfeife in der „schneppen Ecke“ hängen. Drum sagte man den Schulentwachsenen, wenn sie die erste Zigarre rauchten: „Geh zum Brownenersch Schorsch und laß dir's Maul stellen.“ Der rheinheffische Spott ist immer rauch bei der Hand.

Alle Buben im Dorfe waren dem Philipp feind. Er gehörte nicht mehr zu ihnen — obgleich er zu ihnen gehören mußte. Er war aus ihren Reihen herausgetreten — da stießen sie ihn aus ihren Reihen hinaus. Er kam in besseren Kleidern, er versuchte eine bessere Sprache zu sprechen, er versuchte sich besser zu benehmen, er ging in eine bessere Schule. Das konnte ihm nicht verziehen werden. Ging er über die Straße, wurde er verhöhnt. Der „Danzoch!“ — mit einem hohen A — hieß er seit dem Anlauf in der Zieglergasse. Manchmal ärgerte ihn das so, daß er mit Häuten dreinhieb. Manchmal flogen Steine.

Dann gingen die Fenster auf, und die Alten riefen heraus:

„Ist's das, was du in der feine Schul lernst? So, dabesfür gehst du in die feine Schul. Und willst Schullehrer werden. Schöner Schullehrer.“

Und andere sagten: „Da lassen wir lieber unsere Buben in die Volksschul gehn. Da ist's doch gescheiter, unsere Buben gehen in die Volksschul.“

Und andere, die dem alten Krafft noch aus politischen und kirchlichen Gründen feind waren, die spielten's gegen den Krafft aus, was sie dem Philipp vorwerfen wollten, und sagten: „Das muß ja eine feine Schul sein, wo du hingehst. Und ein feiner Lehrer, wo du so einen Anstand lernst. Da soll dein Mutter lieber das Geld sparen und dich in die Volksschul schicken, statt in so eine Heiden- und Judenschul.“

Dabei hatte der Philipp sich ja nur gewehrt. Er hatte eben immer unrecht. Er war außerhalb gestellt. Er war Freiwild geworden für Jung und Alt. In-

stinktiv würde er angefeindet und bekämpft. Wo er hinging, wurde er gehänselt. Geradezu teuflisch waren die Buben manchmal in der Erziehung von Hänfelleien. Sie ließen den Philipp an ihren Spielen teilnehmen, gleich, als seien sie gut Freund mit ihm, aber plötzlich, wie auf Kommando, brach das Spiel ab, und sie fielen über ihn her.

Einer machte den Danzoch. Er ging in einem gespreizten Gang, hielt den Kopf, als läge das Stütchen auf einem Ohr, machte eine hochmütige Frage und ließ die Reihe herum, bis er sich vor dem Philipp verbeugen konnte, zum allgemeinen Hohn, und das war dann nur der Anfang. Es ging immer weiter und weiter, bis die Sache in Robeiten ausartete. Wort gab Wort — und schließlich hieb gab hieb. Der Philipp hatte das von seiner Mutter und ließ sich nichts gefallen. Aber die Buben schickten ihn nicht selten blutend, beschmutzt und zerrissen heim. Ari muß bei Ari bleiben — Ari gibt nichts her von Ari, das wird im Dorf mit unerbittlicher Strenge bewacht, von den Kleinen wie von den Großen, das vereint alle in ihrem Fühlen und Tun, in der Parteinahme und Verurteilung. Der Philipp war immer der Verurteilte. Klage er der Mutter, so hatte die nur eine Antwort: „Schmeiß drauf! Wehr dich! Schmeiß drauf, daß die Schwarz tracht! Schmeiß ihnen all die Hornviecherköpfe ein!“

Das war aber leichter gesagt als getan. Bei so vielen zog der einzelne immer den kürzeren.

Auch die Klar verschonte natürlich der Spott nicht. Sie wollte vornehm werden, das dursten Arme und Reiche nicht dulden. Der Schnellbachs Michel redete überall durch die Nase von Lumperei, die hoch hinaus wollen, aber doch Lumperei bleiben. Die ganze Gasse war der Klar feind. Außer der alten Lidbeth. Die Klar schaffte noch doppelt so viel als früher. Das brachte ihr schließlich auch die Ziegler auf den Hals. Da gingen mehr und mehr die Stichelreden um. Einmal ließ ihr die Galle über. Sie nahm einen Klumpen feuchten Fetten und warf ihn dem Drehermartin an den Kopf, daß er rücklings in die Leutengrube fiel und aus Schlamm und Wasser herausgezogen werden mußte. Der Seiserjatosch, der die Ziegler besaß, brohte ihr mit Entlassung.

Da flamte es auf in ihr. (Fortsetzung folgt.)

Ihrem Reisebegleiter. Heute morgen standen beide um 9 Uhr auf, der Amerikaner um zum Friseur zu gehen, die Dame, um die Friseurin aufzusuchen. Von diesem Gange kehrte sie nicht zurück. Jetzt entdeckte der Mann, daß sie ihn um zwei Millionen betrogen hatte. Er hatte für diesen Betrag zum größten Teil ausländisches Geld los in die innere Westentasche eingesteckt. Seine Begleiterin hatte die Tasche ausgeleert und alles herausgenommen; eine Tausenddollarnote, Zweihundertdollarnoten, einen Kreditbrief über 800 Dollar vom amerikanischen Konsul in Manchester, ein Bankbuch, 10 belgische 100-Frs.-Noten, drei englische Einpfuntnoten und 10 Eintausendmarktscheine in deutschem Geld.

Wiedereröffnung der Planischwiese im Schillerpark.

Die im jüngsten Park Berlins, dem Schillerpark im Bezirk Wedding, angelegte hübsche Planischwiese war während des Krieges trocken gelaufen worden, so daß der Jugend des Berliner Nordens eine Quelle des Vergnügens und des Erholens verstopft war. Im vorigen Jahre konnte die Planischwiese nur kurze Zeit zur Benutzung freigegeben werden. Jetzt sind dem Bezirk Wedding durch den neuen Haushaltsplan 40.000 Mark zur Verfügung gestellt worden, so daß der "Betrieb" der wasserplanischen Jugend sich im Schillerpark wieder in alter Fröhlichkeit entwickeln kann. Besonders während der großen Ferien ist dies den Kindern zugute gekommen.

Sprechchor für die proletarischen Feiertage. Donnerstag abend 7 Uhr im Gesangslokal der Sophienkirche, Weinmeisterstraße 15, Übungsstunde. Die Mitglieder des Ausschusses kommen um 6 Uhr.

Der nächste Sonderzug an die Ostsee. Am Sonntag, den 13. August fährt vormittags 10 Uhr 57 Stettiner Bahnhof nach Warnemünde zu bedeutend ermäßigten Fahrpreisen. Der Vorverkauf findet auf dem Stettiner Bahnhof den ganzen Tag über statt. Plätze sind noch in größerer Zahl zu haben. Der Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt beträgt 188 Mark. Abfahrt in Warnemünde 3 Uhr 35.

Brotkartenmeldungen. Das Bezirksamt Lichtenberg bittet uns, daran hinzuweisen, daß die Hauswirte und Hausverwalter nach wie vor verpflichtet sind, die notwendigen Zu- und Abgangsmeldungen bei den zuständigen Brotkartenausschüssen vorzunehmen.

10.000 Mark Belohnung! In der Nacht vom 7. zum 8. August 1922 sind aus der Brotkartenausschubstelle in Pankow, Am Stiltweg, Zimmer 22, Brotkarten der Serie 36 gestohlen worden. Das Ernährungsamt der Stadt warnt die Bevölkerung vor dem Erwerb dieser Brotkarten. Die Händler sind angewiesen, die Karten anzuhalten und die Vorkäufer feststellen zu lassen. Ankauf und Weiterverkauf dieser Brotkarten ist strafbar. Für Wiederbeschaffung der Brotkarten und Ermittlung der Täter wird eine Belohnung von insgesamt 10.000 Mark ausgesetzt. Die Verteilung der Belohnung behält sich das Ernährungsamt der Stadt Berlin vor.

Parteiveranstaltungen

9. Bezirk. Die Bezirksleiter werden gebeten, die Karten vom Wahllokal bis Donnerstag abzugeben. Bis dahin nicht abgelieferte Karten gelten als verfallen.

Donnerstag, den 10. August.

9. Bezirk. Frauenabend in der Schule Lützow-Str. 47-48, abends 7 1/2 Uhr. Vortrag des Bezirksvereins des Wahllokal: Die Frau in der Kommune.

Freitag, den 11. August.

2. Wahllokalbezirk, 4. Bezirk. Die Angehörigen der Kinder der Ferienkolonie Gortzsee sind Freitag nachmittags 5 1/2 Uhr vom Stettiner Bahnhof aus nach... Die Eltern sowie Parteigenossen sind verpflichtet, pünktlich am Bahnhof zu erscheinen.

8. Bezirk, 1. Abteilung, Kommunale Kommission. Sitzung abends 7 Uhr, bei Frau, Albrecht-Str. 21. Alle ehrenamtlich tätigen Genossinnen und Genossen müssen erscheinen.

9. Bezirk, 2. Abteilung, Kommunale Kommission. Sitzung abends 7 Uhr, bei Frau, Seitz-Str. 114. Alle ehrenamtlich tätigen Genossinnen und Genossen haben teilzunehmen. Vortrag des Genossen Wahllokal.

10. Bezirk, 1. Abteilung, Kommunale Kommission. Sitzung abends 7 Uhr, bei Frau, Seitz-Str. 114. Alle ehrenamtlich tätigen Genossinnen und Genossen haben teilzunehmen. Vortrag des Genossen Wahllokal.

Freiwillige

Donnerstag, den 10. August.

Verband der Einzelhändler und Papierverarbeiter, Holzwarenbranche. Nachmittags 4 1/2 Uhr, Albrecht-Str. 21 (Wahl auf dem Hof) Vertrauensmännerversammlung gemeinsam mit dem Holzarbeiterverband. Unbedingtes Erscheinen aller Vertrauenspersonen wird erwartet.

Verband der Einzelhändler, Tapezierer und Vorstellener. Nachmittags 5 Uhr Versammlung bei Frau, Seitz-Str. 39.

Verband der Einzelhändler, Handelshilfsarbeiter und Arbeiterinnen aus allen Betrieben der Damenmode, Schürzen, Unterröcke, und Hemdenherstellung. Nachmittags 5 Uhr bei Frau, Seitz-Str. 39.

Freitag, den 11. August.

Bund der technischen Angestellten und Beamten, Norden III. Abends 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Restaurant "Zum Dogenhof", Ecke Filders- und Seefische.

Genossenschaft der Angestellten, Baumwoll-, Feinen und Kleiderstoffgroßhandel. Mitgliederversammlung, nachmittags 5 1/2 Uhr, Neue Weltstraße, Neben der Straße 96/97.

Genossenschaft der Einzelhändler, Bekleidungs- und Café-Angestellten, Gruppe Metzgerei. Gruppenversammlung, abends 8 Uhr, im Kolonialhof, Kolonial-Str. 11-12.

Grundbewegung

Sozialistische Professionsjugend, Gruppe Berlin-Mitte. Der Fortschritt am Freitag fällt aus. Bezirk Abendwanderung, Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Berlin.

Sozialistische Professionsjugend, Agitationsbezirk Westen. Der gesamte Agitationsbezirk (Gruppen Westen, Schöneberg, Gieseler, Landwehr, Charlottenburg, Wobisch, Wilmersdorf) beteiligt sich an der Versammlungsfahrt, Freitag, den 18. August, im Sozialen Friedhof, Treffpunkt pünktlich 6 Uhr Montag, Normaluhr.

Gewerkschaftliches

Die Bergarbeiter zum amerikanischen Kampf

Der internationale Bergarbeiterkongress nahm folgende Entschliebung an:

Der in Frankfurt a. M. am 7. August 1922 tagende Internationale Bergarbeiterkongress nimmt Kenntnis von der Lage, in welcher sich die amerikanischen Bergarbeiter befinden durch die Weigerung der Bergwerksbesitzer, mit dem amerikanischen Bergarbeiterverbande einen neuen Landeslohntarif abzuschließen, beschließt den amerikanischen Bergarbeitern die herzlichsten brüderlichen Grüße und die besten Wünsche für den Erfolg ihres Kampfes zu übermitteln, und empfiehlt, daß die dem Internationalen Bergarbeiterverbände angeschlossenen Landesverbände eine finanzielle Beihilfe von rund 10.000 Pfd. Sterling gewähren, wobei den einzelnen Verbänden anheimgegeben wird, entsprechend der Mitgliederzahl ihren Anteil hierzu so bald als möglich an das Sekretariat der Bergarbeiter-Internationale abzuführen, um ohne Verzug auf diese Weise die Gefühle der Sympathie und Solidarität der europäischen Bergarbeiter zum Ausdruck zu bringen.

Verbandstag der Lithographen und Steindruckere

1. Nürnberg, 5. August.

In der Woche vom 31. Juli bis 5. August hielt der Verband der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe in Nürnberg seinen ordentlichen Verbandstag ab, der von 45 Delegierten, 5 Vertretern des Verbandsvorstandes, 10 Vertretern der Gewerkschaften, 12 Vertretern der einzelnen Sparten und anderen Verbandsfunktionären besucht war. Als Gäste nahmen an den Verhandlungen teil Vertreter der übrigen graphischen Verbände und des Graphischen Bundes sowie mehrere Delegierte aus dem Ausland. Den VORSTAND vertretet Hermann Müller.

In seinen Eröffnungsreden zu dem gedruckten Geschäftsbericht gab der Verbandsvorsitzende Sach-Berlin einen Überblick über die Entwicklung der politischen Verhältnisse sowie über die hauptsächlichsten Ergebnisse innerhalb der Organisation in den letzten drei Jahren. Mit dem Bekenntnis zur allgemeinen grundsätzlichen Politik des ADGB und der Befähigung der Arbeitnehmerschaften schloß er seine mit Zustimmung angenommenen Ausführungen.

Die Debatte über die Geschäftsberichte trug einen stark politischen Charakter. Mit der allgemeinen Tätigkeit des Vorstandes waren die Redner zumeist einverstanden. Der Verbandstag nahm eine Entschliebung an, in der verlangt wird, daß bei der nächsten Tarifrevision die Bestimmung des Bundeslohntarifs beibehalten wird, wonach die Bestimmung der Dienstmaschine den Unternehmern freisteht. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Zur Frage des Graphischen Einheitsverbandes hielt der zweite Vorsitzende des Verbandes, Herr Sach-Berlin, das einleitende Referat. Er vertrat die Ansicht, daß man von den Deklamationen für den Graphischen Industrieverband endlich zur Tat kommen sollte. Er empfahl eine längere Entschliebung, die sich erneut für die Errichtung eines Industrieverbandes für die papierverarbeitende Industrie ausdrückt und die Freiwilligkeit des Verbandstages erklärt, bis zum vollständigen Zusammenbruch der vier graphischen Verbände als Übergangsmassnahme die gewerkschaftlichen Beziehungen in Bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen zusammenzuführen und hierfür bestimmte Beiratsstellen einzuführen. Der Verbandstag ladet die anderen graphischen Verbände ein, diesem Beschlusse beizustimmen. Die Föhrung in der Frage soll der Graph. Bund übernehmen.

In der Diskussion erklärten sich alle Redner für diese Resolution. Die Vertreter der übrigen graphischen Organisationen präzisierten den Standpunkt ihrer Organisationen. Der Verbandstag stimmte der Entschliebung des Referenten zu und erklärte sich im übrigen im Prinzip für das von den graphischen Verbandsvorständen vorgeschlagene Einheitsstatut.

Am dritten Verhandlungstag behandelte der Verbandstag in geschlossener Sitzung die Tarifpolitik des Verbandes. In einer angenommenen Resolution bekannte sich der Verbandstag erneut zum Abschluß von Zentraltarifen.

Einen breiten Raum der Verhandlungen nahm die Statutenrevision ein. Die hierfür eingesetzte Kommission empfahl in der Hauptsache das Einheitsstatut für den Graphischen Bund zur Annahme. Entgegen dem Einheitsstatut wurde neben dem Beitrag auch der Verbandsbeitrag wieder eingeführt. Der Beitrag soll gleich dem Stundenlohn in der höchsten Dreiklasse des Tarifvertrages für das Lithographen- und Steindruckergewerbe sein. Das neue Statut tritt am 1. Oktober in Kraft, der erhöhte Beitrag wird bereits ab 1. September erhoben.

Nach einer lebhaften Erörterung über die Aufgaben der Gewerkschaften nahm der Verbandstag hierzu zwei Entschliebungen an, in denen gesagt wird, daß die Gewerkschaften aus den Einzelkämpfen der Berufe zu Kampfen der Arbeiterklasse überzugehen müßten, um dadurch die Wirtschaft und die Gesellschaft im Interesse der Arbeiterklasse zu beeinflussen. In einem anderen Absatz wird ausgeprochen, daß die organisatorische Trennung der Verbandsmitglieder nach politischen Fraktionen und die Betätigung innerhalb des Verbandes nach parteipolitischen Direktiven unvereinbar mit dem Geist des Verbandes und mit dem Statut sei.

Bei den Wahlen wurden die bisherigen Angestellten wiedergewählt. Als neuer Kassierer wurde an Stelle des alten Kollegen Braß Gauleiter Leinen-Dresden bestimmt.

Damit waren die Arbeiten des Verbandstages erledigt.

Neue Löhne im Töpfergewerbe.

Nachdem mehrere Male die Verhandlungen im Töpfergewerbe wegen der Annullierung gescheitert sind, ist es am Dienstag, den 8. August, zu einer Einigung gekommen. Ab 1. August beträgt der Stundenlohn für Ofenseher 43 M.; bei Akkordarbeiten werden 4200 Prozent Feuerungsanlage gezahlt. Ab 15. August erhöht sich der Stundenlohn auf 49 M., während die Feuerungsanlage bei Akkordarbeiten 4800 Prozent beträgt. Ueber die Löhne der Jugendlichen und der Hilfsarbeiter und über die Auslösung bei auswärtigen Arbeiten sind ebenfalls neue Vereinbarungen getroffen, die in einer demnächst stattfindenden Sitzung formuliert und festgelegt werden sollen.

Die Lohnbewegung im Chemikalien-Großhandel.

Der vom Schlichtungsausschuss Groß-Berlin gefällte Schiedsspruch ist jetzt nach nochmaligen Verhandlungen vor dem Demobilisationskommissar von der Verhandlungskommission der Arbeitgeber angenommen worden. Auch die Versammlung der Arbeitnehmer stimmte diesem zu, erwartet aber, daß bis spätestens Freitag, den 11. cr. Annullierung zur Auszahlung der neuen Lohnsätze erfolgt.

Für die Branche Verbandsmittel fällt der Schlichtungsausschuss ebenfalls einen Schiedsspruch, nach dem die bisher ungünstigen Lohnsätze in der ersten Woche des August um 40 Prozent, der zweiten und dritten Woche um 50 Prozent und der vierten Woche um 55 Prozent erhöht werden sollen. Die Arbeitgeber lehnten auch diesen Schiedsspruch ab. Die Arbeiterkassen nahen zu diesem Schiedsspruch Stellung und ist wünschenswert, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln die Anerkennung des Schiedsspruches durchzusetzen. Die beschlussfassende Versammlung findet für beide Gruppen am Freitag, den 11. August, abends 5 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus Engelauer 24/25, Saal 4 statt.

Arbeiter der chemischen Industrie. Das Angebot der Arbeitgeber der chemischen Industrie für die Augustlöhne ist durch Urabstimmung abgelehnt. Es haben von 126 Betrieben 15288 Kollegen abgestimmt; davon stimmten für Annahme 1732, für Ablehnung 10956, ungültig waren 271 Stimmen. Neue Verhandlungen sind eingeleitet. Der Bezirks-Schlichtungsausschuss und evtl. der Zentralschlichtungsausschuss werden instanzmäßig angezogen. Wir bitten alle Funktionäre, wegen der später stattfindenden Funktionärskonferenz, den Vereinstatender der Arbeiterblätter aufmerksam durchzusehen.

Verband der Fabrikarbeiter.

Achtung Zimmerer! Kameraden! Unsere Jahreshauptversammlung am 8. ds. Mts. hat beschlossen, über die Frage „Soll ein Ortstarifvertrag auf Grund des Reichstarifvertrages abgeschlossen werden oder nicht“ am Sonntag, den 13. August in der Zeit von 10-12 Uhr vormittags eine Urabstimmung in den Bezirkslokalen vorzunehmen. Es ist Pflicht eines jeden einzelnen, sich bestimmt zur Entscheidung über diese wichtige Frage an dieser Urabstimmung zu beteiligen. Eine Einladung durch die Bezirksleitungen kann nicht erfolgen. Die Organisationsleitung erwartet, daß jeder seine Pflicht erfüllt. Reiner darf fehlen! Der Vorstand.

Beendete Lohnbewegung. Den Handelshilfsarbeitern des Textilgroßhandels wurden für den Monat August Zulagen von 60 bis 65 Prozent gewährt, den Handelshilfsarbeitern der Lederindustrie solche von 55 bis ca. 68 Prozent. Die Tarifverträge sind im Büro des Deutscher Transportarbeiter-Verbandes Engelauer 24/25 - Gewerkschaftshaus - 2 Et., Zimmer 31, gegen Vorlegung des Mitgliedsbuches erhältlich.

Gegen den Entwurf zum Rahmenvertrag für die Berliner Metallindustrie, der vom Verband Berliner Metallindustrieller vorgelegt worden ist, wendet sich in einer Resolution die Verlagschaft der KVO, Lokomotiv-Fabrik Hennigsdorf. Von der Metallarbeiterorganisation und dem ADGB wird verlangt, daß mit Energie für volle Mitbestimmung im Arbeitsverhältnis und Erwirkung eines auskömmlichen Reallohnes alle Kraft eingesetzt wird.

Der Streik bei der Firma Renner währt nun bereits drei Wochen und zwar, weil die Firma es ablehnt, mit dem Betriebsrat zu verhandeln. Renner droht der Firmeninhaber mit der Entlassung der gesamten Verlagschaft. Die Meister sind angewiesen worden, neue Einstellungen vorzunehmen. Unter dieser Bedingung lehnt die Verlagschaft die Wiederaufnahme der Arbeit ab. Von allen Metallarbeitern wird volle Solidarität erwartet.

Verhängung des Angestellten-Streiks in Frankfurt a. M. Die aus Frankfurt am Main von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, hat der Streik der kaufmännischen Angestellten dadurch eine Verschärfung erfahren, daß auch die den graphischen Gewerkschaften angeschlossenen Angestelltenverbände, der deutsch-nationale Handlungsgehilfen-Verband und der Verband weiblicher Handels- und Büroangestellten sich dem Streik angeschlossen haben. Der deutsch-nationale Handlungsgehilfenverband hat sich zwar für Annahme des Schiedsspruches ausgesprochen, erklärt den Streik aber nunmehr als einen Machtkampf zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Haus, Berlin; für den Inhalt: Emil Haus, Berlin; für die Druckerei: Emil Haus, Berlin. - Verlag: Emil Haus, Berlin. - Druck: Emil Haus, Berlin. - Preis: 10 Pf. - Nummer: 10.

WENESTI RUND

FEINE MILDE CONSUM-ZIGARETTE

MIT UND OHNE GOLD!